1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 149. | Dresden, Mittwoch den 1. Juli 1908. | 19. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die allmächtige Kirche.

Vor kurzem ging unter der Spitzmarke **Kirchenvorstand und Sozialdemokratie** eine Notiz durch die Presse, in der mitgeteilt wurde, das Landeskonsistorium habe zwar die **Wahl eines Sozialdemokraten zum Kirchenvorstandsmitglied nicht bestätigt**, das sei aber nicht aus politischen Motiven geschehen, sondern nur wegen kirchen- und religionsfeindlicher Gesinnung des Gewählten. Uns lassen diese Ungültigkeitserklärung wie ihre Begründung kalt. Sehr interessant und lehrreich ist aber die Vorgeschichte dieses Falles, die erst dazu führte, daß ein Sozialdemokrat in den Kirchenvorstand gewählt wurde. Es war ein Streit über den Bau oder Umbau der Kirche zu **Pesterwitz** bei Dresden entflammt. Die Gemeinderäte der zu diesem Kirchenbezirk gehörigen Orte Zauckrode, Saalhausen und Niederpesterwitz wollten nur eine neue Bedachung für die alte Kirche und etwaige sonstige Reparaturen bewilligen. Der **Kirchenvorstand** aber forderte einen **Neubau**. Er hatte das sehr leicht, denn die Baukosten mußten ja doch die Gemeindemitglieder aufbringen. So wollen es leider in Sachsen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Die Gemeindevertretungen der drei Orte lehnten daher auch einen Neubau der Kirche ab; der Gemeinderat zu **Saalhausen** insbesondere beschloß **dreimal einstimmig, den Kirchenneubau abzulehnen**. Dabei zeigte sich aber wieder einmal recht drastisch, wie rechtlos in Sachsen die Gemeindeverwaltungen gegenüber der Kirche sind. Als der Gemeinderat in Saalhausen zum dritten Male zu dem Kirchenneubau Stellung nahm, waren die alte Kirche bereits dem Erdboden gleich gemacht und die Steine für den Neubau bereits angefahren. Der Kirchenvorstand hatte einfach auf die ablehnenden Beschlüsse des Gemeinderats gepfiffen und getan, was ihm beliebte, obwohl nicht er, sondern die Gemeinden für die Kosten aufzukommen haben. Was letzteres aber für die beteiligten Gemeinden bedeutet, ergibt sich daraus, daß der kleine 300 Seelen zählende Ort Saalhausen **25 Proz. seiner Steuereinnahmen an die Kirche abliefern**, bezw. für diese erheben muß.

Dieser Situation sind der Wille und die Absicht entsprungen, **einen Sozialdemokraten in den Kirchenvorstand zu wählen** und auch ausgeführt worden. Die angebliche Religionsfeindlichkeit des schließlich gewählten Genossen, der zugleich Gemeinderatsmitglied war, bestand aber in diesem Falle nur hauptsächlich darin, daß er gegen den Kirchenneubau dieselbe ablehnende Haltung eingenommen hatte wie die übrigen Gemeindevertreter der drei Orte.

Bemerkenswert sind noch einige Mitteilungen über diese Wahl des Kirchenvorstands selbst. Der alte Kirchenvorstand setzte Himmel und Hölle in Bewegung, die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern. Die verwerflichsten Mittel, die sonst nur bei großen politischen Wahlen im gegnerischen Lager üblich sind, wurden angewandt. Es nutzte aber nichts, unser Genosse Sch. wurde mit großer Mehrheit gewählt. Es wurde jedoch die Bestätigung auf Grund des § 8 Absatz 3 der Synodalordnung versagt. Eine Beschwerde durch alle Instanzen hatte lediglich nur den oben angedeuteten Erfolg, die Bestätigung blieb versagt. Bei der nun folgenden **zweiten Wahl** wurde abermals alles aufgeboten, der Erfolg war, daß unser Genosse **noch einmal soviel Stimmen erhielt** wie das erstemal. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes erklärte die Wahl **sofort für ungültig**; Kircheninspektion und Konsistorium billigten das Verfahren. Sie trösteten aber etwas naiv den Abgelehnten damit, daß er das nächste Mal auf Bestätigung rechnen könne, **wenn er bis dahin recht fleißig die Kirche besuche**.

Diese Vorgänge lassen die oben erwähnte Begründung für die Nichtbestätigung des sozialdemokratischen Kirchenvorstandsmitgliedes in recht eigenartigem Lichte erscheinen.

Mitteilenswert ist übrigens noch die Art, wie das **Wahlgeheimnis** beachtet wurde. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes entfaltete ruhig einen Stimmzettel und steckte ihn so in die Urne. Als dagegen protestiert wurde, bemerkte er trocken, in der Kirche gebe es kein Wahlgeheimnis.

Es scheint, als sei **das preußische Landtagswahlrecht das Ideal dieses Herrn.**

Wie die organisierten Arbeiter behandelt werden?

Vor einigen Tagen berichteten wir von einer Protest-Versammlung der organisierten Arbeiterschaft **Plauens** i. V., welche sich gegen die **Nichthinzuziehung** von Vertretern der organisierten Arbeiterschaft zu dem am 1. Juli 1908 in Kraft tretenden **städtischen Arbeitsnachweis** wendete. Zu dieser Versammlung waren in einem höflichen Einladungsschreiben Stadt- und Stadtverordnete der Stadt Plauen eingeladen worden, damit sie die Meinung der organisierten Arbeiterschaft zu dieser Institution hören könnten. Wie man es von einem „freisinnigen" Stadtrat und Stadtverordneten-Kollegium nicht anders erwarten konnte, so blieb auch das Gewerkschaftskartell auf diese Einladung **ohne jegliche Antwort**. (?!?!) Dafür ist aber jetzt, nachdem die Versammlung schon einige **Tage vorüber** ist, in den amtlichen Bekanntmachungen folgendes zu lesen:

Im Auftrage des hiesigen Gewerkschaftskartells ist dem Stadtrate Einladung zu einer öffentlichen Versammlung zugegangen, die am 24. dieses Monats abends 9 Uhr im „Schillergarten" abgehalten werden soll. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Plauens will in dieser Versammlung ihre Stellung der Angelegenheit des Arbeitsnachweises gegenüber zum Ausdruck bringen. Das Kollegium sieht keinen Anlaß, die Versammlung von Rats wegen zu beschicken, weil die einschlagenden Fragen in den betreffenden gemischten städtischen Ausschüssen, denen Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise angehören, im Rate und bei den Stadtverordneten erschöpfend erörtert [illegible], die beteiligten Stellen daher völlig unterrichtet, alle für das Heftchen [illegible]eten der neuen Einrichtungen erforderlichen Vorkehrungen spannende [illegible]. Es liegt daher **kein Anlaß vor, einer Aus-** am Schlusse [illegible] **öffentlicher Versammlung der Gewerk-** gleichen enthöf[illegible] **die in Rede stehende Angelegenheit beizuwohnen**, [illegible] sich von solcher Aussprache **keinen Nutzen für die** S[illegible]che versprechen kann.

Nun, die organisierte Arbeiterschaft Plauens hat schon in der betreffenden Versammlung keinen Zweifel darüber gelassen, welches „Vertrauen" sie dem dortigen Stadtrate und Stadtverordnetenkollegium, in dem der redelustige **Günther** mit seinem Anhang thront, entgegenzubringen hat. Die Plauensche Arbeiterschaft weiß, was sie von **dem** Stadtrate und Stadtverordnetenkollegium zu halten hat und wird ihre zukünftigen Maßnahmen dementsprechend einzurichten wissen. Der Plauensche „Freisinn", mit dem **Günther** an der Spitze, blamiert sich eben immer mehr.

Der Verband sächsischer Industrieller

entwickelt sich unter Stresemanns Leitung immer mehr zu einer Scharfmacherclique gegen die organisierte Arbeiterschaft, die auch immer mächtiger wird. Die Unternehmer verstehen die Vorteile der Organisation besser zu würdigen wie die Arbeiter. Diesem Verbande angegliedert ist eine Gesellschaft zur **Entschädigung bei Arbeitseinstellungen**. Der Jahresbericht dieser Gesellschaft weist einen **Mitgliederbestand von 1109** mit einer Lohnsumme von 98 Millionen Mark auf. Im verflossenen Jahre wurden **18 Streiks verhütet** und **58 Streiks mit 63800 Mark entschädigt**, während die Gesellschaft vom Beginn der Gründung an bis zum 31. Dezember 1907 an Entschädigungen bei Arbeitseinstellungen an ihre Mitglieder insgesamt 110 000 M. zahlte. Während des Bestehens der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen wurden 2 Streiks mit je 10 000 M., 1 Streik mit 7000, 1 Streik mit 6000, 1 Streik mit 5000, 13 Streiks mit je 2000 und 53 Streiks mit je 1000 M. entschädigt. Im laufenden Geschäftsjahr 1908 sind 5 Streiks entschädigt worden.

In der Generalversammlung der Gesellschaft bezeichnete der Vorsitzende, Direktor Grützner in Deuben, die **Streikverhütung** als vornehmste Aufgabe der Gesellschaft. Man will es aber nicht nur bei den bisher üblichen Verfahren bewenden lassen, sondern vor allem auch die **Gewerkschaften schwächen** und versuchen, Zersplitterung hineinzutragen. Herr Grützner empfahl, **um einen erfolgreichen Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften durchführen zu können, die Unterstützung der nationalen Arbeiterbewegung**, bezeichnete es aber als dringend erforderlich, daß die auf diesem Boden gegründeten Arbeitervereine den Arbeitern nicht bloß eine ideelle Befriedigung, sondern vor allem auch materielle Unterstützungen, ähnlich wie die Gewerkschaften, bieten müßten. Den Faden spann Herr Stresemann weiter. Er empfahl, allenthalben und in allen Orten die Gründung nationaler Arbeitervereine energisch in die Hand zu nehmen und zu fördern, wobei der Verband der Sächsischen Industriellen tatkräftig der Gesellschaft zur Seite stehen werde. In Werdau und Krimmitschau seien bereits die besten Resultate erzielt worden und auch in der Lausitz sei man mit Erfolg tätig. Die Industriellen wollen also Zersplitterung und Verrat unter die Arbeiterschaft tragen und sie auf diese Weise auseinandertreiben und schwächen. So hoffen sie willige und widerstandsunfähige Ausbeutungsobjekte in genügender Zahl zu erhalten. Wir hoffen aber, daß die Arbeiter allenthalben die Beweggründe des Unternehmertums erkennen und klar sehen, daß sie nur von der Vertretung ihrer Interessen abgelenkt und zum Verrat an der eigenen Sache bewogen werden sollen.

Nachrichten aus dem Lande.

Leipzig, 30. Juni. Heute nachmittag 3 Uhr ließen mehrere bei einer Straßenaufschüttung in Lindenau beschäftigte Arbeiter zwei Kästen Bier einen Schleusenschacht hinunter, um sie zu kühlen. Da der Draht gerissen war, stieg der Arbeiter Paul Rosenberger und, als dieser nicht wiederkehrte, auch der Arbeiter Oskar Hesse in den Schacht hinab. Auch er kam nicht wieder zum Vorschein. Man nimmt an, daß die beiden durch im Schachte angesammelte giftige **Gase erstickt** und dann in dem über 2 Meter tiefen **Wasser ertrunken sind. Die Leichen sind geborgen.**

Leipzig. In der Schwurgerichtsverhandlung **des Reichertschen Meineidprozesses begannen die Plädoyers.** Staatsanwalt Dr. Jacobi verlangte in seinen Ausführungen die Bestrafung sämtlicher Angeklagten nach dem Eröffnungsbeschlusse. Die Verhandlung habe die Schuld der Angeklagten klipp und klar bewiesen. **Die zehn Rechtsanwälte** der Angeklagten suchten in längeren Ausführungen die Unschuld ihrer Klienten darzutun.

Chemnitz, 30. Juni. Heute mittag ereignete sich in der Wirtschaft Stadt Mannheim in der Rochlitzer Straße ein **schwerer Unfall.** Zur Vorrichtung des Saales war in diesem ein Malergerüst aufgestellt. Als heute mittag auf dem Gerüst sechs Maler arbeiteten, brach plötzlich unter ihnen ein Querbalken. Sämtliche Maler stürzten gegen 6 Meter tief ab und erlitten teils schwere, teils leichte Verletzungen. Einer von ihnen ist bereits heute nachmittag seinen schweren Verletzungen erlegen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Handarbeiter Gipler wurde am Sonnabend in **Lößnitz** auf der zu jener Zeit sehr belebten **Auer Straße bei der Heimkehr von der Arbeit von einem Radfahrer angefahren.** Er fiel dabei so unglücklich auf den Hinterkopf, daß er einen **Schädelbruch** erlitt; Sonntag nacht ist er seinen schweren Verletzungen erlegen. — Der jugendliche Schlosser W. Landgraf aus Lößnitz, der am 21. d. M. wegen eines an der Schlossersehefrau F. aus Aue auf Albrodaer Flur verübten **Sittlichkeitsverbrechens** festgenommen wurde, hat eingestanden, im September vorigen Jahres auf der von hier nach Grüna führenden Straße das seinerzeit gemeldete Sittlichkeitsverbrechen an der Frau J. aus Grüna verübt zu haben. — Vor ungefähr 14 Tagen zog sich in **Borna** eine etwa 28 Jahre alte Frau aus Oetzsch, die sich besuchsweise hier aufhielt, erhebliche **Brandwunden** dadurch zu, daß sie zum Feueranmachen Petroleum verwendete. Vorgestern abend ist die bedauernswerte Frau im hiesigen **Krankenhause gestorben**, nachdem sich ihrem Leiden noch eine Lungenentzündung hinzugesellt hatte. — Durch einen noch unaufgeklärten Zufall geriet in **Oschatz** der Mühlenknappe Hartmann in der Mühle Mannschatz in das Mühlenrad und wurde von den Schaufeln **schwer verletzt.** Außer Verletzungen an Rücken und Armen erlitt er auch einen schweren Schädelbruch, der eine Schädeltrepanation nötig machte, um die Knochensplitter zu entfernen. Dabei stellte sich heraus, daß auch das Gehirn verletzt ist. Die Operation gelang. Man hofft, den Verunglückten trotz der Schwere der Verletzungen am Leben zu erhalten. — Das dreijährige Töchterchen des Gerbers Schöne in **Nossen** erlitt durch **Explosion einer Spiritusflasche** schwere Brandwunden am Körper, welche den Tod herbeiführten. — Die Stadt Oberwiesenthal ist abermals von einem bedeutenden Schadenfeuer heimgesucht worden. Im sogenannten Brunnerhaus an der Zechengasse kam vorgestern nachmittag Feuer aus, das sich infolge der herrschenden Windrichtung auch auf vier andere in der Nähe stehende Häuser ausdehnte und diese **vollständig einäscherte.** Die Brandgeschädigten sind sämtlich arme Leute. Ein einziges von den vor vier Jahren bei einem nächtlichen Brande verschont gebliebenen Häusern konnte man retten.

Stadt-Chronik.

Industrie und Handel.

II.

Von nicht geringem Einfluß auf das wenig erfreuliche Gewinnergebnis waren allerdings auch die Zahlungsverhältnisse, die sich infolge des hohen Diskontsatzes sehr verschlechterten. Während die Rohstofflieferer auf pünktliche Einhaltung der meist sehr kurz bemessenen Zahlungsfristen drangen, wird von ihren Abnehmern vielfach darüber geklagt, daß von ihrer Kundschaft selbst große Firmen das vereinbarte Ziel überschritten, daß Barzahlungen zu den Seltenheiten gehörten, daß Zielverlängerungen beansprucht wurden und gewährt werden mußten und daß dann schließlich oft mit Wechseln bezahlt wurde, die erst nach Monaten fällig waren. In der Strohhutindustrie wurde durch eine Konvention eine Besserung der Zahlungsverhältnisse durchgeführt. Die Kreditverhältnisse scheinen im allgemeinen günstiger gewesen zu sein als im Vorjahre.

Im Vorjahre konnten wir feststellen, daß der flotte Geschäftsgang vor allem auf dem gesteigerten Bedarfe des Inlandes beruhte, daß deshalb das Auslandsgeschäft vernachlässigt werden und infolgedessen die Wirkung der neuen Handelsverträge noch wenig hervortreten konnte. Indessen war doch schon damals zu erkennen, daß die Ausfuhr mannigfache Erschwerungen erfahren hat. Im Berichtsjahre trat dies, obwohl sich das Abflauen des Geschäftsganges und damit das Bedürfnis nach Steigerung der Ausfuhr erst im Spätherbste stärker geltend machte, schon viel mehr in die Erscheinung. Ganz besonders zahlreich sind die Klagen über völlige Unterbindung oder lästige Erschwerung der Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn. Einige Betriebe mußten sich daher, wollten sie das Geschäft mit diesem Lande nicht ganz verlieren, dazu entschließen, dort Zweigniederlassungen zu errichten. Aehnliche Klagen werden laut über das Geschäft mit Rußland, mit der Schweiz, mit Italien usw. Daß diese Klagen nicht so zahlreich sind wie die über das österreichische Geschäft, dürfte kaum den Schluß rechtfertigen, daß die Handelsverträge mit jenen Ländern wesentlich besser sind, sondern vielmehr darauf beruhen, daß für unseren Bezirk Böhmen das natürliche Hinterland ist und die Erschwerung der Geschäfte mit der nächsten Nachbarschaft am schwersten empfunden wird.

Der Kleinhandel zog wenigstens zum Teil aus der durch den industriellen Aufschwung gesteigerten Kaufkraft (?) der breiten Massen Vorteil. Jedoch klagt namentlich der Kolonialwarenkleinhandel wieder darüber, daß der Vorteil hiervon vornehmlich den Konsumvereinen und Warenhäusern zugute gekommen sei. Der Kleinhandel mit Webwaren wurde durch die Bildung von Konventionen der Fabrikanten und Großhändler sehr beunruhigt. Das Abflauen in der gewerblichen Tätigkeit im Herbste wirkte teilweise schon auf den Geschäftsgang im Kleinhandel nachteilig zurück. — Wie bisher kam auch im Berichtsjahre wieder der wirtschaftliche Aufschwung am meisten den Arbeitern zugute. Der außerordentlich lebhafte Geschäftsgang verursachte einen solchen Bedarf an Arbeitskräften, daß sich vielfach starker Mangel, besonders an geübten Arbeitern, fühlbar machte. Die Zahl der im Kammerbezirke der Gewerbeaufsicht unterstehenden Arbeiter wies am 1. Mai 1907 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 14 000 Köpfe auf, was unter Berücksichtigung der im Vorjahre dargelegten besonderen Verhältnisse bei der Zählung von 1906 einer tatsächlichen Zunahme von ca. 6000 Köpfen entsprechen dürfte. Diese Anspannung des Arbeitsmarktes hatte naturgemäß ein weiteres Anziehen der Löhne zur Folge. Nur wenige Industriezweige oder Betriebe konnten Lohnsteigerungen vermeiden. Nicht selten wurde von den Arbeitern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit unter entsprechender Erhöhung der Stundenlöhne gefordert und auch durchgesetzt. Die Annahme, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeiter durch stärkere Anspannung ihrer Kräfte in der kürzeren Zeit doch das gleiche leisten wie früher, scheint aber nicht überall zugetroffen zu haben. Von Ausständen nahm der in einer Dresdner Fahrrad- und Nähmaschinenfabrik größeren Umfang an, endete aber mit einem völligen Mißerfolge für die Arbeitnehmer. (So sagt die Firma. D. R.) Gerade das Ergebnis dieses mit großer Heftigkeit durchgeführten Kampfes dürfte dazu geführt haben, daß die Streiklust in manchen anderen Industriezweigen und Betrieben gedämpft wurde. (!) Als dann im Herbste die rückläufige Bewegung einsetzte und in manchen Betrieben die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeiterzahl vermindert werden mußten, ließ der Arbeitermangel bald nach und mit ihm die Ansprüche der Arbeiterschaft.

Ueber die Aussichten des laufenden Jahres läßt sich zurzeit noch wenig sagen. Allem Anschein nach hält die rückläufige Bewegung noch an, und wenn auch die Spannung auf dem Geldmarkte etwas nachgelassen hat, so dürfte doch eine gewisse Ueberzeugung zunächst noch einen Druck ausüben, der einen alsbaldigen neuen Aufschwung verhindert. Namentlich aber erscheint eine Ermäßigung der Kohlenpreise als eine der notwendigsten Vorbedingungen für eine Neubelebung der industriellen Tätigkeit.

•

Die Bemerkung, daß der wirtschaftliche Aufschwung so sehr den Arbeitern zugute gekommen sei, ist recht einseitig und bedarf der Korrektur. Sogar in amtlichen Auslassungen, den Berichten der sächsischen Gewerbeinspektion z. B., ist ausgeführt, daß höhere Löhne der Arbeiter meistens aufgewogen wurden durch teurer gewordene Lebensmittel und Mieten. So rosig steht es also nicht mit den Arbeiterverhältnissen, wie hier der Anschein erweckt wird.

Sehr schief ist ferner, was über den Ausstand bei Seidel u. Naumann gesagt wird. Im stillen wird diese Firma selbst wesentlich anders über den „völligen Mißerfolg" denken. Der ungeheure Schaden, den sie den unbrauchbaren Streikbrechern zu danken hat, wiegt wahrscheinlich schwerer als die damaligen Forderungen der guten, eingerichteten Arbeiter.

Ein gekränkter Reichsverbändler.

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich gestern wegen Beleidigung des früheren Redakteurs der Dresdner Nachrichten, jetzigen Generalsekretärs des Reichsverbandes zur Beschimpfung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080701/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG